



Nachrichten aus Brüssel

@greens87 – stock.adobe.com

EU-Kommission will Gesundheitssysteme weltweit krisenfester machen

Mit der „Global Health Resilience Initiative“ will die Europäische Kommission die Widerstandsfähigkeit von Gesundheitssystemen gegenüber künftigen Krisen stärken. Die Initiative, die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bereits im vergangenen Jahr angekündigt hatte, soll in den kommenden beiden Jahren schrittweise umgesetzt werden und setzt auf eine engere internationale Zusammenarbeit, resilientere Gesundheitssysteme sowie stabilere Liefer- und Produktionsketten.

Ein Schwerpunkt liegt auf der Reform der globalen Gesundheitsarchitektur. Nach Ansicht der Kommission soll die Weltgesundheitsorganisation (WHO) dabei weiterhin eine zentrale Rolle spielen. Gleichzeitig sollen die Mitgliedsstaaten ihre Zusammenarbeit intensivieren und Investitionen in globale Gesundheitsprojekte besser koordinieren und erfassen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Stärkung nationaler Gesundheitssysteme. Die Kommission möchte Staaten dabei unterstützen, ihre gesundheitspolitische Handlungsfähigkeit auszubauen, Strategien zur Gesundheitsversorgung weiterzuentwickeln und vorhandene Ressourcen effizienter einzusetzen. Auch digitale Lösungen wie Telemedizin sollen stärker gefördert werden. Besondere Unterstützung ist für die Ukraine vorgesehen.

Im Bereich Prävention setzt die Initiative auf den Ausbau von Frühwarnsystemen und die bessere Überwachung von Gesundheitsrisiken. Die Kommission sieht dabei auch Potenziale für den Einsatz künstlicher Intelligenz (KI) zur frühzeitigen Erkennung von Krankheitsausbrüchen. Zudem sollen Labornetzwerke gestärkt, Impfprogramme unterstützt und der internationale Austausch gesundheitsrelevanter Daten verbessert werden. Darüber hinaus plant die EU, die Versorgung mit wichtigen Gesundheitsprodukten krisenfester zu gestalten. Durch Investitionen in Partnerländern und den Ausbau internationaler Produktionskapazitäten sollen Abhängigkeiten reduziert und Lieferketten diversifiziert werden. Gemeinsame Beschaffungsmodelle und internationale Partnerschaften sollen dazu beitragen, die Verfügbarkeit von Arzneimitteln, Diagnostika und weiteren medizinischen Produkten auch in Krisensituationen sicherzustellen.

CED präsentiert Datenbank zur zahnmedizinischen Versorgung

Bei der Generalversammlung des Council of European Dentists (CED), des europäischen Dachverbandes der Zahnärzteschaft, die Ende Mai im Rahmen der zypriotischen EU-Ratspräsidentschaft in Limassol stattfand, wurde das überarbeitete „European Manual of Dental Practice“ vorgestellt. Die Publikation steht künftig als öffentlich zugängliche digitale Datenbank zur Verfügung und bietet einen umfassenden Überblick über die zahnmedizinischen Strukturen und Rahmenbedingungen in Europa.

Darüber hinaus verabschiedeten die nationalen Delegierten eine Entschließung zum Datenaustausch im Rahmen von E-Health. Darin fordert der CED, dass die Umsetzung des European Health Data Space (EHDS) nicht zu zusätzlicher Bürokratie oder finanziellen Belastungen für die Zahnärzteschaft führt. Daneben sprach sich der Verband für die Stärkung digitaler Kompetenzen aus.

Überarbeitung der Tabakregeln angekündigt

Die Europäische Kommission plant eine Überarbeitung des EU-Rechtsrahmens zur Eindämmung des Tabakkonsums. Grundlage ist eine in diesem Jahr veröffentlichte Evaluierung, wonach strengere Produktvorgaben, Werbebeschränkungen und Gesundheitswarnungen seit 2012 zu einem Rückgang der EU-Raucherquote von 28 auf 24 Prozent beigetragen haben.

Gleichzeitig sieht die Kommission deutlichen Handlungsbedarf bei neuen Nikotin- und Tabakprodukten wie E-Zigaretten, erhitzten Tabakerzeugnissen und Nikotinbeutel. Diese würden insbesondere für Jugendliche gesundheitliche Risiken bergen und verstärkt über digitale Kanäle beworben. Nach einer Folgenabschätzung und öffentlichen Konsultationen soll die Überarbeitung der EU-Tabakregeln noch im Jahr 2026 vorgelegt werden.

Dr. Alfred Büttner
Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK